

## 6. Voll-Sitzung.

Samstag, den 12. März 1904, vormittags 10 Uhr.

### Tagesordnung:

#### VIII. Kommission für Petitionen.

1. Eingabe des Technikers Dehmen zu Münster, betreffend Bewilligung von Pension;
2. Eingabe des Wegemeisters a. D. Lohmann zu Münster, betreffend seine Pensionsverhältnisse.  
Berichterstatter zu 1 und 2: Herr Abg. Koerfer.
3. Gesuch des früheren Aufsehers in Benninghausen: W. Mähling, um Bewilligung einer fortlaufenden Unterstützung.  
Berichterstatter: Herr Abg. Dr. Saarmann.
4. Gesuch der Witwe Erdland in Delde wegen Ermäßigung des Pflegegeldes für ihren in der Provinzialheilanstalt in Münster untergebrachten Sohn.  
Berichterstatter: Herr Abg. Graf v. Korff-Schmising.

#### II. Kommission für Haushaltspläne.

1. Haushaltsplan der Straßenverwaltung;
2. " des Fonds zur Unterstützung von Witwen und Waisen von Straßenausssehern und Wärtern.  
Berichterstatter zu 1 und 2: Herr Abg. Cuno.
3. Haushaltsplan der Provinzialheilanstalt zu Marsberg;
4. " " " " Lengerich;
5. " " " " Aplerbeck;
6. Vorlage, betreffend Verwendung verfügbarer Bestände aus dem Rechnungsjahre 1902.  
Berichterstatter zu 3—6: Herr Abg. Delius.

7. Haushaltsplan für das Landarmen- und Krankenhaus zu Geesele;  
8. " der Winckel'schen Provinzialblindenanstalt zu Soest;  
9. " Abteilung Paderborn;  
10. " des Stammfonds der Provinzialblindenanstalt.

Berichterstatter zu 7—10: Herr Abg. Schulte-Drüggelte.

11. Vorlage, betreffend Gewährung von Arbeitsprämien an die Korrigenden im Provinzialarbeitshause zu Benninghausen. (Drucksache Nr. 3).

Berichterstatter: Herr Abg. Frhr. v. Lilien-Echthausen.

12. Vorlage, betreffend den Wegfall der Erinnerungsgebühr für Seitenabfahrten an Provinzialstraßen. (Drucksache Nr. 10).

Berichterstatter: Herr Abg. v. Bockum-Dolffs.

13. Vorlage, betreffend Übernahme des Kaiser Wilhelm-Denkmals auf Hohen-syburg durch den Provinzialverband.

Berichterstatter: Herr Abg. Dr. Haarmann.

14. Antrag Nauck und Gen.: die Neuwahl des Vorsitzenden des Provinzial-ausschusses und die Ergänzungswahlen zum Provinzialausschusse in diesem Jahre nicht vorzunehmen;

15. Bericht der Kommission zur Beratung der Angelegenheit, betreffend Unter-bringung geisteskranker Verbrecher u. s. w.

Berichterstatter: Herr Abg. Dr. Jungelodt.

## II. Kommission für Haushaltspläne.

16. Vorlage, betreffend Änderung der Dienstehommensverhältnisse verschiedener Beamtenklassen. (Drucksache Nr. 9).

Berichterstatter: Herr Abg. Nauck.

17. Haushaltsplan der Provinzialheilanstalt zu Münster;

18. " des Unterstützungsfonds für entlassene hilfbedürftige Geistesranke;

19. Haushaltsplan des Fonds für unterstützungsbedürftige Pfleger, auch nach der Entlassung;

20. Haushaltsplan der Provinzialpflegeanstalt zu Eickelborn.

Berichterstatter zu 16—19: Herr Abg. Graf v. Korff-Schmising.

21. Haushaltsplan der Provinzialtaubstummenanstalten.

Berichterstatter: Herr Abg. v. Bönninghausen.

22. Haushaltsplan für die Verwaltung des Gutes Eickelborn-Benninghausen;  
23. " des Provinzialarbeitshauses zu Benninghausen.  
Berichterstatter zu 22 und 23: Herr Abg. Frhr. v. Lilien-Echthausen
24. Vorlage, betreffend die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung der nicht  
ruhegehaltsberechtigten Beamten und Angestellten der Westfälischen Provinzial-  
verwaltung. (Drucksache Nr. 4).  
Berichterstatter: Herr Abg. Cuno.

**VI. Kommission für die landwirtschaftlichen u. s. w. Angelegenheiten und  
II. Kommission für Haushaltspläne.**

25. Vorlage, betreffend die Kulturen in der Brechte. (Drucksache Nr. 14).  
Berichterstatter: die Herren Abgeordneten Graf zu Stolberg-Stolberg  
und von Bockum-Dolffs.
-

# Verhandlung der 6. Vollsitzung

des

## 45. Westfälischen Provinziallandtages.

Verhandelt im Landeshause zu Münster am 12. März 1904.

Zur Teilnahme an der für heute anberaumten Vollsitzung hatten sich 68 Abgeordnete eingefunden.

Als Vertreter der Königlichen Staatsregierung waren anwesend: Se. Excellenz der Königliche Oberpräsident, Staatsminister Freiherr v. d. Recke v. d. Horst, der Oberpräsidialrat von Biehan, die Regierungsräte Dr. Tull und Holle. Die Provinzialverwaltung war vertreten durch den Landeshauptmann, Geh. Oberregierungsrat Dr. Holle, die Landesräte Schmedding, Boese, Bothmann und Schulze-Steinen, die Landes- und Landesbauräte Zimmermann und Waldeck und den Provinzialbauinspektor Heidtmann.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der geschäftlichen Mitteilung, daß der Abgeordnete Bock (Rahden) um Urlaub für den Rest der Tagung nachgesucht habe. Der Urlaub wurde vom Provinziallandtage genehmigt.

Die Verhandlungsniederschrift von der 5. Vollsitzung war zur Einsichtnahme aufgelegt. Das Amt der Schriftführer versahen die Abgeordneten Schulze-Pelkum und Dröge. Zur Tagesordnung wurde hierauf wie folgt verhandelt:

### A. Aus dem Geschäftsbereich der Kommission für Petitionen.

1. Eingabe des Technikers Dehmen zu Münster, betreffend Bewilligung von Pension. Der Berichterstatter, Abgeordneter Koerfer stellte namens der Kommission den Antrag:
  1. die vorliegende Petition des Technikers Dehmen durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen;

2. den Herrn Landeshauptmann zu ermächtigen, alle etwa in Zukunft noch von Dehmen an den Provinziallandtag kommenden Petitionen nach seinem Ermessen zu erledigen, ohne sie an den Provinziallandtag gelangen zu lassen.

Der Provinziallandtag erhob diesen Antrag einstimmig zum Beschluß.

2. **Eingabe des Wegemeisters a. D. Lohmann zu Münster, betreffend seine Pensionsverhältnisse.**

Der selbe Berichterstatter beantragte namens der Kommission:

„die Petition des Wegemeisters a. D. Lohmann vom 22. September 1903 abzulehnen.“

Der Provinziallandtag beschloß demgemäß einstimmig.

3. **Gesuch des früheren Aufsehers in Bennighausen, W. Mähling um Bewilligung einer fortlaufenden Unterstützung.**

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Haarmann stellte namens der Kommission den Antrag: „die Petition des W. Mähling durch den im Vorjahre in derselben Angelegenheit vom Provinziallandtage gefaßten Beschluß für erledigt zu erklären.“

Dem Antrage wurde vom Provinziallandtage einstimmig entsprochen.

4. **Gesuch der Witwe Erdland in Delde wegen Ermäßigung des Pflegegeldes für ihren in der Provinzialheilanstalt in Münster untergebrachten Sohn.**

Der Berichterstatter, Abgeordneter Graf von Korff-Schmising schlug dem Provinziallandtage namens der Kommission vor:

„das Gesuch der Witwe Erdland zu Delde dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.“

Der Provinziallandtag erhob diesen Antrag einstimmig zum Beschluß.

## **B. Aus dem Geschäftsbereich der Kommission für Haushaltspläne.**

5. **Haushaltsplan der Straßenverwaltung für 1904/05.**

Der Abgeordnete Cuno beantragt als Berichterstatter namens der Kommission die unveränderte Annahme des Haushaltsplanes.

Der Abgeordnete Gerstein gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Entschädigung für Benutzung der Provinzialstraßen zur Anlage von Wasserleitungen auf das 3fache erhöht sei und hält es für vollberechtigt, wenn die finanziell günstig situierten Wasserwerke für die gewinnbringende Benutzung fremden Eigentums stärker herangezogen werden. Aus mehr wie einem Grunde hoffe er, daß, wenn nach Verlauf von 10 Jahren eine erneute Prüfung der Entschädigungssätze eintrete, die Frage geprüft werde, ob die Wasserwerke nicht in noch höherem Maße heranzuziehen sein würden. Redner bittet dann um Auskunft über den nach Zeitungsberichten entstandenen Streit mit dem Wasserwerk Barmen.

Der Abgeordnete Buschhaus wendet sich gegen die vom Provinzialausschuß beschlossene Herabsetzung der Nebenbezüge der Straßenmeister. Man möge diese Beamten nicht noch mehr schädigen, da ihnen durch Verminderung ihrer Gesamtzahl und entsprechende Vergrößerung ihrer Bezirke ohne Gehaltsverbesserung erhebliche Nachteile ohnehin erwachsen seien. Er wies darauf

hin, daß das Verfahren der Provinzialverwaltung im Widerspruch mit demjenigen der Staatsverwaltung stehe, die im Begriffe stehe, Verbesserungen der Gehälter der kleineren Beamten eintreten zu lassen.

Er stellte darauf den folgenden Antrag:

der Provinziallandtag wolle beschließen:

„den Provinzialausschuß zu ersuchen, den Beschluß vom 17. Dezember 1903 betreffend Dienstamweisung für Straßenmeister dahin abzuändern, daß eine Entschädigung von 1 *M* für jeden Tag vergütet werde, an welchem der Straßenmeister 10 km (anstatt 15 km wie beschlossen) vom Wohnorte, als welcher der Mittelpunkt der Stadt anzusehen ist, und nicht die Stadtgrenze, entfernt gewesen ist.“

Der Abgeordnete Graf Merveldt bittet, diesen Antrag abzulehnen. Die Gehälter der Straßenmeister hätten erst vor zwei Jahren eine wesentliche Aufbesserung durch Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses erfahren. Den Wegemeistern II. Klasse wäre es auch unbenommen, in die besseren Gehälter der Wegemeister I. Klasse aufzurücken, wenn sie sich dem vorgeschriebenen Examen unterzögen. Auch würde es einen nachteiligen Einfluß für die Kreise und Gemeinden haben, wenn den Straßenmeistern neue Verbesserungen zugestanden würden. Er bitte, es bei der Vorlage zu belassen.

Der Landeshauptmann Dr. Holle erwidert zunächst dem Abgeordneten Gerstein, daß die Verhandlungen mit den beteiligten Wasserwerken im Gange, daß namentlich mit dem Gelsenkirchener Wasserwerk ein Vergleich erzielt sei, wodurch der Streitpunkt ausgeglichen sei. Auch mit der Stadt Barmen sei die Sache beigelegt, da letztere sich zur Zahlung der erhöhten Gebühren bereit erklärt habe.

Der Antrag Buschhaus werde abzulehnen sein. Redner verwies auf die erheblichen Verbesserungen, die die Straßenaufsichtsbeamten gegenüber der früheren staatlichen Besoldung erfahren hätten, und hob den Umstand hervor, daß die Provinz Westfalen gegenüber allen anderen Provinzen den Straßenaufsichtsbeamten die höchsten Gehälter zahle und infolge dessen bezüglich der Höhe der Aufsichtskosten für Kilometer Straßlänge an erster Stelle stehe. Er halte die beschlossene Maßregel für vollständig gerechtfertigt und bitte es dabei zu belassen.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung über den Antrag Buschhaus wurde derselbe mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Der Haushaltsplan der Straßenverwaltung für 1904/5 wurde hierauf nach dem Antrage der Kommission einstimmig angenommen.

**6. Haushaltsplan des Fonds zur Unterstützung von Witwen und Waisen von Straßenausssehern und Wärtern für 1904/5.**

Auch hierüber berichtete der Abgeordnete Cuno und beantragte namens der Kommission die unveränderte Annahme des Haushaltsplanes.

Der Provinziallandtag beschloß demgemäß einstimmig.

**7. Vorlage, betreffend Änderung der Dienstverhältnisse verschiedener Beamtenklassen. (Drucksache Nr. 9.)**

Der Berichterstatter, Abgeordneter Rauck, empfahl die unveränderte Annahme des Antrages des Provinzialausschusses, dahin lautend:

Hoher Provinziallandtag wolle genehmigen, daß

1. das Gehalt der Oberärzte an den Provinzialanstalten auf 4200—5400 *M.*, steigend alle 3 Jahre um je 300 *M.*, festgesetzt wird, dieselben daneben freie Dienstwohnung nebst Garten, oder, wo solche nicht gewährt werden können, den bestimmungsmäßigen Wohnungsgeldzuschuß erhalten;
2. das Gehalt der Direktoren der Taubstumm- und Blindenanstalten (3300—4800 *M.*) alle 2 Jahre um je 200 *M.*, das letztemal um 100 *M.* steigt;
3. das Gehalt des Gutsdirektors Cremer zu Eickelborn festgesetzt wird auf 3000 bis 5500 *M.*, steigend alle 2 Jahre um je 250 *M.*, daneben freie Dienstwohnung mit Garten;
4. die Taubstumm- und Blindenlehrer ein Gehalt erhalten von 2000—3800 *M.*, steigend alle 2 Jahre um je 200 *M.*, daneben freie Dienstwohnung mit Garten, oder, wo solche nicht gewährt werden können, einen Wohnungsgeldzuschuß, welcher für die unverheirateten Lehrer 150 *M.* jährlich beträgt, bei den verheirateten Lehrern gleich ist demjenigen Wohnungsgeldzuschuß, welchen die Königlichen Seminarlehrer an dem betreffenden Orte erhalten, welcher aber mindestens 300 *M.* jährlich beträgt;
5. das Gehalt der Oberaufseher, des Werkmeisters und des Hausvaters bei dem Provinzialarbeitshause zu Benninghausen, sowie der 1. Oberpfleger bei den Heil- und Pflgeanstalten (1200—1800 *M.*) alle 2 Jahre um je 80 *M.*, für das letzte Jahr um 40 *M.* steigt;
6. die Änderungen zu 1, 2, 4 und 5 am 1. April 1904, die zu 3 am 1. Juli 1904 mit der Maßgabe in Kraft treten, daß die schon vorhandenen Beamten zu den gedachten Zeitpunkten in diejenige Gehaltsstufe eingereiht werden, welche sich gegenüber dem ihnen alsdann nach der bisherigen Skala zustehenden Gehalt als die nächsthöhere ergibt.

Der Abgeordnete Cuno will die vorgeschlagene Skala nicht bemäkeln, möchte aber auf eine Härte hinweisen, die darin liege, daß die neue Skala mit einer großen Einschränkung angewendet werden solle, wodurch die älteren Lehrer an den Taubstummnanstalten gegen die jüngeren schlechter gestellt würden, wenn sie der Bestimmung zu 6 entsprechend in diejenige Gehaltsstufe eingereiht würden, welche sich nach der bisherigen Skala als die nächsthöhere ergibt. Er nehme deshalb den in der Kommission gestellten Antrag wieder auf und bitte als Zusatz zu Nr. 6 des Provinzialauschuß-Antrages zu beschließen:

„Zu 4 jedoch mindestens das Gehalt, welches sie erhalten würden, wenn die erhöhten Steigerungssätze neben dem bisherigen Grundgehalt bestanden hätten.“

Der Landeshauptmann Dr. Holle bittet diesen Antrag wie in der Kommission, so auch hier abzulehnen und das bestehende Prinzip nicht wegen der Taubstummlehrer zu unterbrechen. Die jetzige Vorlage bedeute bereits eine Mehrausgabe von 5000 *M.*, die sich auf 10 500 *M.* erhöhen würde, wenn die Beamten ihrem Dienstalter entsprechend in die neue Skala eingeschätzt würden. Es habe sich unter den Taubstummlehrern eine starke Agitation geltend gemacht wegen Gleichstellung mit den Seminarlehrern an den staatlichen Anstalten. Obgleich eine Be-

rechti gung hierzu nicht habe anerkannt werden können, sei man in der Provinz Westfalen außerordentlich weit gegangen, indem die Gleichstellung trotzdem erfolgt sei. Es liege daher kein Grund vor, dem Antrage des Abgeordneten Cuno zu entsprechen.

Der Abgeordnete Buschhaus stellte hierauf den Antrag:

„Provinziallandtag wolle beschließen, das Anfangsgehalt der Taubstummlehrer wird auf 2100 M festgesetzt.“

Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis, daß auch das Anfangsgehalt der Seminarlehrer, mit denen die Taubstummlehrer doch gleichgestellt werden sollten, 2100 M betrage.

Der Abgeordnete Cuno erwidert dem Landeshauptmann, daß die Mehrausgabe die durch Annahme seines Antrages verursacht werden würde, nur 2600 M betragen werde.

Der Landeshauptmann Dr. Holle bemerkt gegen den Abgeordneten Buschhaus, daß das Anfangsgehalt der Taubstummlehrer gegen das der Seminarlehrer nur um 16 M differiere, und bittet auch den Antrag Buschhaus abzulehnen.

Der Abgeordnete Nauck beantragt in seinem Schlußwort Ablehnung beider Anträge, wie solche in der Kommission bereits erfolgt sei.

Der Vorsitzende erklärte zunächst über beide Anträge abstimmen lassen zu wollen, ob also im Falle der Annahme des Kommissionsantrages der eine oder andere der beiden Anträge angenommen werde.

Bei der nun vorgenommenen Abstimmung wurde zunächst der Antrag Buschhaus, dann der Antrag Cuno, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Kommissionsantrag wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Der Abgeordnete Delius berichtete sodann über:

8. den Haushaltsplan der Provinzialheilanstalt zu Marsberg für 1904/05.

9. den Haushaltsplan der Provinzialheilanstalt zu Lengerich für 1904/05.

10. den Haushaltsplan der Provinzialheilanstalt zu Aplerbeck für 1904/05.

Der Berichterstatter beantragte für sämtliche 3 Vorlagen unveränderte Annahme.

Der Provinziallandtag beschloß demgemäß einstimmig.

11. Vorlage, betreffend Verwendung verfügbarer Bestände aus dem Rechnungsjahre 1902.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Delius beantragte, dem Beschlusse des Provinzialausschusses vom 15. Juli 1903 zuzustimmen und demgemäß zu beschließen, daß dem Betriebsfonds zugeführt werde:

1. der nach der Hauptrechnung für 1902 beim Ordinarium verfügbare Betrag von . . . . .	791,76 M
2. der nach der Rechnung über die Provinzialwegebauverwaltung für 1902 verfügbare Betrag von . . . . .	97159,02 "
3. von den Beständen der Anstaltskassen usw. der Betrag von . . . . .	2058,95 "
4. die Ersparnisse beim Extraordinarium der Hauptrechnung für 1902	1234,35 "

Der Antrag wurde vom Provinziallandtag einstimmig angenommen.

Es berichtete ferner der Abgeordnete Schulte-Drüggelte über:



12. den Haushaltsplan für das Landarmen- und Krankenhaus zu Gesecke für 1904/05.
13. den Haushaltsplan der Vincke'schen Provinzial-Blindenanstalt zu Soest für 1904/05.
14. den Haushaltsplan der Vincke'schen Provinzial-Blindenanstalt, Abteilung Paderborn, für 1904/05.
15. den Haushaltsplan des Stammfonds der Provinzial-Blindenanstalt für 1904/05.

Namens der Kommission beantragte der Berichterstatter für die genannten 4 Haushaltspläne unveränderte Annahme.

Dem Antrage wurde vom Provinziallandtage ohne Debatte einstimmig entsprochen.

16. Vorlage, betreffend Gewährung von Arbeitsprämien an die Korrigenden im Arbeitshause zu Benninghausen. (Drucksache Nr. 3.)

Der Berichterstatter, Abgeordneter Freiherr von Lilien-Echthausen trug den Inhalt der Drucksache vor und empfahl namens der Kommission die Annahme des vom Provinzialausschusse gestellten Antrages, welcher lautet:

Hohen Provinziallandtag bitten wir sehr ergebenst, die Gewährung von Arbeitsbelohnungen (Arbeitsprämien) an die im Provinzialarbeitshause zu Benninghausen untergebrachten Korrigenden nach Maßgabe der Ausführungen in der Vorlage vom 28. Oktober 1903 (Drucksache 3) genehmigen zu wollen.

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

Zur Geschäftsordnung beantragte der Abgeordnete Schulze-Pelkum die Beratung über Nr. 14 der Tagesordnung vorweg stattfinden zu lassen, weil verschiedene Abgeordnete die Mittagszüge zur Heimfahrt benutzen möchten. Der Antrag wurde angenommen.

17. Antrag Nauck und Genossen:

„Die Neuwahl des Vorsitzenden des Provinzialausschusses und die Ergänzungswahlen zum Provinzialausschusse in diesem Jahre nicht vorzunehmen.“

Der Berichterstatter, Abgeordneter Nauck hielt es für zweifellos, daß die Neuwahl im nächsten Jahre zulässig und zweckmäßig sei, weil die Wahlperiode des jetzigen Provinziallandtags Ende dieses Jahres ablaufe und man dem neuen Provinziallandtag nicht vorgreifen wolle, es vielmehr ihm zu überlassen sei, sich seinen Provinzialauschuß selbst zu wählen.

Der Vorsitzende macht zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf aufmerksam, daß es sich nicht auch um die beiden erforderlichen Ersatzwahlen handele, diese würden demnächst noch vorzunehmen sein.

Der Antrag wurde bei der nun folgenden Abstimmung einstimmig angenommen.

Der Abgeordnete Schulze-Pelkum stellte nunmehr den Antrag auf Vertagung der Sitzung.

Der Abgeordnete Graf Merveldt bittet diesen Antrag abzulehnen und wenigstens noch die zur Tagesordnung stehenden Haushaltspläne zu erledigen.

Der Antrag Schulze-Pelkum wurde bei der darüber vorgenommenen Abstimmung mit Mehrheit abgelehnt und die Tagesordnung wieder aufgenommen.

18. Vorlage, betreffend Wegfall der Erinnerungsgebühren für Seitenabfahrten an den Provinzialstraßen. (Drucksache 10.)

Berichterstatter war der Abgeordnete von Bockum-Dolffs, der nach Vortrag des Inhaltes der Vorlage vom 21. Dezember 1903 namens der Kommission den Antrag stellte:

„den Wegfall der Erinnerungsgebühren für Seitenabfahrten an Provinzialstraßen zu genehmigen.“

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

#### 19. Vorlage, betreffend Übernahme des Kaiser Wilhelmdenkmals auf Hohensyburg durch den Provinzialverband.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Haarmann bezeichnet die Überweisung des Denkmals an den Provinzialverband als ein Geschenk von hohem idealen Werte. Es sei eine Ehrenpflicht der Provinz, dieses Denkmal in seine Obhut zu nehmen, das ein Anziehungspunkt für alle Bewohner Westfalens sei. Außer dem Denkmal soll noch eine 13 ha große Fläche mit überwiesen werden. In der Kommission sei die Frage erörtert worden, ob der Zutritt zum Denkmal unentgeltlich zu gestatten sein werde; die Kommission habe sich dahin schlüssig gemacht, die Prüfung dieser Frage dem Provinzialauschuß zu überlassen. Persönlich hege er den Wunsch, daß das Ergebnis dieser Prüfung die unentgeltliche Zulassung ergeben möge, damit das Kaiserdenkmal auf Hohensyburg immer mehr die Stelle werde, zu der Westfalens Bewohner in hellen Haufen wandern und damit kein unbemittelter Familienvater durch das Zutrittsgeld abgehalten werde, den Besuch auf Hohensyburg recht häufig mit Weib und Kindern zu wiederholen.

Namens der Kommission beantrage er daher:

„die Übernahme des Kaiser Wilhelm-Denkmals auf Hohensyburg nebst den Grundflächen in Gesamtgröße von 12 ha, 89 ar, 37 qm in das Eigentum, die Verwaltung und Unterhaltung des Provinzialverbandes zu genehmigen und den Landeshauptmann mit der Ausführung dieses Beschlusses zu beauftragen.“

Der Provinziallandtag nahm den Antrag einstimmig an und erhob denselben zum Beschluß.

#### 20. Bericht der Kommission zur Beratung der Angelegenheit, betr. Unterbringung geisteskranker Verbrecher u. s. w.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Jungelodt trug die Gründe vor, welche für den von der Kommission beschlossenen Antrag maßgebend gewesen seien und beantragte:

Der hohe Provinziallandtag wolle beschließen:

„Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, im gesetzlichen Wege die Fürsorge für diejenigen mittellosen geisteskranken und schwachsinnigen Personen, welche nur behufs des Schutzes anderer Personen gegen ihre Ausschreitungen der Unterbringung in Anstalten bedürfen, mit der Maßgabe schleunigt zu regeln, daß die aus der Unterbringung entstehenden Kosten aus Staatsmitteln gedeckt werden und bis zu dieser gesetzlichen Regelung zur Beseitigung der Rechtsunsicherheit in betreff der Verpflichtung und der hieraus sich ergebenden Mißstände die Übernahme der Kosten als Kosten der Landespolizei aus Staatsmitteln zu veranlassen.“

Der Provinziallandtag nahm diesen Antrag einstimmig an und beschloß demgemäß.

Ein Antrag des Abgeordneten Grafen Galen auf Vertagung der Sitzung wurde hiernach mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende theilte hierauf diejenigen Vorlagen mit, welche außer den nicht erledigten Gegenständen der heutigen Tagesordnung noch zu erledigen seien. Außer dem Rest der heutigen Tagesordnung werde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung voraussichtlich noch gebracht werden können und zwar an erster Stelle die Kanalvorlage, außerdem noch die Vorlage betr. die Kulturen in der Brechte und der Antrag Dr. Ostrop, betr. Abgrenzung des Gebiets für das neue Oberlandesgericht zu Düsseldorf.

Der Abgeordnete Graf Korff-Schmising beantragte die Kanalvorlage nicht an erster Stelle zu bringen, sondern erst die noch rückständigen Haushaltspläne.

Dem Antrage wurde stattgegeben.

Die nächste Vollsitzung wurde für Montag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr anberaumt. Dann wurde die heutige Sitzung geschlossen.

**Der Vorsitzende:**

Frhr. von Landsberg.

**Die Schriftführer:**

Schulze-Pelkum. Droege.